

Paul Luif (Hg.): *Österreich, Schweden, Finnland. Zehn Jahre Mitgliedschaft in der Europäischen Union*. Wien, Köln, Weimar: Böhlau 2007, 277 S.

Im Jahr 2009 jährt sich die Osterweiterung der Europäischen Union zum fünften Mal. Das kleine Jubiläum wird Anlass sein für eine erste Zwischenbilanz: Welche Erfahrungen haben die Neumitglieder seit 2004 gemacht? Wie hat sich der Beitritt zur EU ausgewirkt? Zur Einschätzung dieser Fragen bietet sich ein vergleichender Blick auf die vorangegangene Erweiterungsrunde an, die 1995 zur Aufnahme von Österreich, Schweden und Finnland in die EU führte. Dies jedenfalls verspricht der Umschlagtext des Bandes, der unter der Federführung des am Österreichischen Institut für Internationale Politik tätigen Juristen und Politikwissenschaftlers Paul Luif entstanden ist.

In der Vorbemerkung macht Luif indes schnell klar, dass die beiden Erweiterungsrunden wohl doch kaum miteinander vergleichbar sind. Im Unterschied zur Osterweiterung 2004 gestaltete sich die Integration von Österreich, Schweden und Finnland für die EU nämlich recht unproblematisch, „entsprach doch die wirtschaftliche und politische Entwicklung dieser Länder den fortgeschrittensten

EU-Staaten“. Wesentlich einschneidender war der EU-Beitritt dagegen für die drei Neumitglieder, „denn er bedeutete eine Abkehr von den durch viele Jahrzehnte (...) befolgten Prinzipien einer möglichst weit gehenden Unabhängigkeit und ungeteilten Souveränität“ (S. 11). Dementsprechend richtet sich das Hauptaugenmerk der Analyse auf den Vergleich der Wirkungen des EU-Beitritts auf die drei vormaligen EFTA-Länder.

In Aufbau und Gliederung gleicht das Buch eher einer Monographie als einem Sammelband. Im ersten Teil führt Luif zunächst in die theoretischen Grundlagen der Analyse ein, die sich an den Begriffen Integration, Europäisierung und Kleinstaat orientiert, sowie in die Geschichte und die politischen Systeme der drei Beitrittsländer. Anschließend zeichnet er den „langen Weg nach Brüssel“ nach, den die drei nach Jahrzehnten relativer Distanz zur europäischen Integration zurückgelegt haben, sowie die wichtigsten Entwicklungen und Ereignisse während des ersten Jahrzehnts ihrer Mitgliedschaft. Bedauerlich ist, dass sich Luif dabei ausdrücklich

an „Leser in Mitteleuropa“ (S. 31) wendet und daher zwar die Geschichte Schwedens und Finnlands ausführlich darstellt, aber zugleich davon ausgeht, „dass die Leser die wichtigsten Daten der österreichischen Geschichte kennen und daher hier einige historische Skizzen ausreichen“ (ebd.). Ein Gleichgewicht in der Darstellung der drei Vergleichsfälle wäre vorzuziehen gewesen, nicht allein mit Blick auf die Bedürfnisse des nicht-mitteleuropäischen Publikums, sondern auch, weil gerade die komparative Perspektive die eigentliche Stärke des Bandes ausmacht.

Diese Stärke kommt vor allem im Mittelteil zum Ausdruck. Mit Theo Öhlinger (Österreich), Joakim Nergelius (Schweden) und Tuomas Ojanen (Finnland) widmen sich drei namhafte Staatsrechtler jeweils der Frage, inwieweit der EU-Beitritt die Europäisierung des nationalen Rechts nach sich gezogen hat, wobei die Kapitel von Nergelius und Ojanen als einzige in dem Buch auf Englisch abgefasst sind. Die Analysen zeigen bemerkenswerte Unterschiede auf. Zwar ist allen drei Ländern grundsätzlich gemeinsam, dass die jeweilige nationale Rechts- und Verfassungsordnung einem tief greifenden und nachhaltigen Europäisierungsdruck ausgesetzt ist. Interessant ist jedoch die Verschiedenartigkeit der Anpassungsstrategien, die die drei Autoren herausarbeiten. Während Ojanen die Entwicklung in Finnland als

vergleichsweise harmonisch beschreibt, insofern als EU-Recht hier weitgehend im Einklang mit dem nationalen Recht interpretiert und angewendet wird, betont Öhlinger die „geradezu dramatischen Auswirkungen“ der EU-Mitgliedschaft auf die „legalistisch geprägte politische Kultur Österreichs“ (S. 113). Das schwedische Verfassungsrecht wiederum zeichnet sich einerseits durch ein relativ hohes Maß an Pragmatismus aus, das die flexible Anpassung an die Europäischen Verträge erleichtert hat; andererseits verweist Nergelius auf den Euro, der von Schweden bislang nicht eingeführt worden ist, obwohl das Land im Unterschied etwa zu Dänemark diesbezüglich kein *opt out* geltend machen kann, und er kommt zum Schluss: „Leading politicians, in all parties, share a tendency not to consider the legal implications of EU membership, i.e. its obligations, very seriously.“ (S. 143).

Nergelius' Kritik an der Leichtfertigkeit schwedischer Politiker im Umgang mit den vertraglichen Verpflichtungen der EU-Mitgliedschaft ist berechtigt. Allerdings verkennt er die politischen Ursachen, die zur gescheiterten Volksabstimmung über die Einführung des Euro 2003 führten. Nach seiner Darstellung erfolgte die Entscheidung zugunsten der Abhaltung des Referendums aufgrund einer überraschenden Initiative von Carl Bildt im Jahr 1997. Nergelius spekuliert über die Motive des damaligen Oppositions-

führers und stellt mithin Bildts politisches Urteilsvermögen in Frage, doch letztlich kommt er zu dem Ergebnis, dass nicht mit Sicherheit zu sagen ist, was ihn zu seinem Vorstoß veranlasste. Was Nergelius aus seiner Analyse jedoch ausblendet, ist die durchaus belegte Tatsache, dass die Vorentscheidung für ein Euro-Referendum bereits zu Bildts Zeit als Regierungschef zwischen 1991 und 1994 gefallen war, also im Vorfeld der Volksabstimmung über Schwedens EU-Beitritt. Das Ja der Schweden zur EU fiel bekanntlich äußerst knapp aus (52,3 Prozent), und es wäre vermutlich gar nicht zustande gekommen, wenn es Bildt und den anderen EU-Befürwortern nicht gelungen wäre, die Euro-Frage aus dem Abstimmungskampf herauszuhalten, indem sie immer wieder versicherten, es gebe keinen Automatismus zur Teilnahme an der Währungsunion, vielmehr werde Schweden zu einem späteren Zeitpunkt eine selbstständige und separate Entscheidung über den Euro treffen. Bildts Vorstoß 1997 entstammte demnach nicht einer plötzlichen und unverständlichen Eingebung, sondern der im Grunde längst überfälligen Einsicht, eine politische Selbstverpflichtung aus der Beitrittsdebatte 1994 einzulösen.

Der letzte Teil des Bandes besteht zum einen aus fünf zum Teil sehr lesenswerten Kapiteln von Paul Luif über Themen, die im ersten Jahrzehnt der EU-Mitgliedschaft von Österreich, Schweden und Finnland

besondere Bedeutung erlangt haben, namentlich: die Alkoholpolitik Schwedens und Finnlands, der Transitverkehr durch Österreich, die finnische Initiative zur Nördlichen Dimension, die Maßnahmen der EU gegen die Regierungskoalition der Österreichischen Volkspartei mit Jörg Haiders FPÖ und schließlich die Teilnahme aller drei Staaten an der gemeinsamen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU. Zum anderen rundet Fritz Breuss (Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung) den Band mit einer vergleichenden Analyse der wirtschaftlichen Effekte der EU-Mitgliedschaft ab. Seine Schlussfolgerung lautet, dass in allen drei Ländern positive Integrationseffekte zu verzeichnen seien: „Kumuliert sind die Niveaus des realen BIP seit 1995 in Finnland um 4,8 Prozentpunkte, in Österreich um 2,8 Prozentpunkte und in Schweden um 2,2 Prozentpunkte stärker gestiegen also ohne den EU-Beitritt“ (S. 263 f.). Trotz der von Breuss eingeräumten Unwägbarkeiten einer solchen Berechnung hat sich der EU-Beitritt also zumindest in ökonomischer Hinsicht ausgezahlt.

Insgesamt bietet die Studie ein detail- und facettenreiches Bild von zehn Jahren Mitgliedschaft Österreichs, Schwedens und Finnlands in der EU. Mit Ausnahme der unzulänglichen Analyse des schwedischen Euro-Referendums und abgesehen von formalen Schwächen – vor allem der

Rezensionen

erste Teil des Bandes ist schlampig redigiert und voller Fehler –, liefern Luif et al. ein gelungenes Beispiel für eine bilanzierende Analyse, wie man sie sich auch für das kommende Jubiläum der EU-Osterweiterung wünscht.

Carsten Schymik (Berlin)